

**Zeitschrift:** Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut

**Band:** 8 (1967)

**Heft:** 13

**Rubrik:** Briefe

#### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 11.12.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Briefe

### Die Palästinaflüchtlinge

In KB, Nr. 12/1967 haben Sie unter dem Titel «Belege zur Diskussion» auch einige Zitate aus arabischen Quellen zur Frage der Palästinaflüchtlinge veröffentlicht. In diesem Zusammenhang wäre es interessant, einige sachliche Angaben über den zahlenmässigen Umfang dieses Flüchtlingsproblems und seiner Lösungsversuche zu erfahren, zumal man immer wieder recht unterschiedliche Zahlen hört. A.K. in Bern

In der Tat gibt es über die Zahl der Palästinaflüchtlinge, die noch immer in den Lagern in Jordanien, Libanon, Syrien und im Gaza-Streifen leben, höchst widersprüchliche Angaben. Arabische Sprecher beziffern die Zahl der Palästinaflüchtlinge auf insgesamt 1,8 Millionen, wovon seit 1948 rund 600 000 in den arabischen Nachbarländern angesiedelt und integriert worden sein sollen. Diese Angabe ist nachweislich falsch.

In den Listen der United Nations Relief and Works Agency (UNRWA) sind zurzeit rund 1,2 Millionen Palästinaflüchtlinge registriert, und diese Zahl gilt allgemein als Ausgangspunkt für den heutigen Stand der Frage. Es ist jedoch kein Geheimnis, dass diese Listen ungenau sind. In zahlreichen Fällen hat man festgestellt, dass die Todesfälle in den Lagern nicht registriert worden sind oder dass Hilfsempfänger unter verschiedenen Namen doppelt oder gar dreifach verzeichnet sind.

Damit ist jedoch die Frage nicht beantwortet. Vielmehr erscheint ein Blick auf die Ausgangslage von 1948 erforderlich.

Zunächst: Es darf als Tatsache gelten, dass die Palästinaflüchtlinge während des israelischen Unabhängigkeitskrieges (15. Mai 1948 bis 7. Januar 1949, letzter Waffenstillstand) nicht von den Israelis vertrieben worden sind, sondern vielmehr von den arabischen Führern aufgefordert wur-

den, vorübergehend das Territorium des am 15. Mai 1948 proklamierten Staates Israel zu verlassen, um den einmarschierenden arabischen Armeen «nicht im Wege zu stehen». Dieser Sachverhalt ist durch eine Fülle von Dokumenten von arabischer wie von israelischer Seite belegt. Wenngleich die auf den letzten Mann genaue Zahl der ursprünglichen Flüchtlinge aus dem israelischen Teil Palästinas nicht mehr feststellbar ist, darf man auf Grund der amtlichen britischen Bevölkerungsschätzung im Mandatsgebiet Palästina aus dem Jahre 1946 und der 1949 in Israel verbliebenen Zahl von arabischen Einwohnern (vor allem in Galilea, aber auch in der Sharon-Ebene) annehmen, dass 1948 und 1949 etwa 550 000 Araber das israelische Territorium verlassen haben. Am 1. Januar 1948 zählte die jüdische Bevölkerung im heute israelischen Teil Palästinas 650 000 Menschen, die nichtjüdische Bevölkerung (Mohammedaner, Christen und Drusen) wurde von den britischen Mandatsbehörden auf rund 700 000 geschätzt. Ende 1949 zählte man in Israel 160 000 Nichtjuden, das heisst im wesentlichen Araber und Drusen. Die rechnerische Differenz beträgt 540 000.

Zu ungefähr gleichen Ergebnissen gelangt man, wenn man die amtlichen Zahlen der UNRWA zugrundelegt (Ende 1964): 1,2 Millionen registrierte Flüchtlinge, 40 000 jährliche Geburten, jährlicher Registrierungszuwachs durch die natürliche Vermehrung: 35 500. Ferner geht aus den UNRWA-Dokumenten hervor, dass rund die Hälfte aller Flüchtlinge in den Lagern Jugendliche unter 18 Jahren sind und somit in den Lagern geboren wurden. Diese Angaben führen rechnerisch zu einer Ausgangsbasis von 525 000 600 000 ursprünglichen Palästinaflüchtlingen.

Diese Zahl entspricht im übrigen derjenigen der rund 500 000 jüdischen Flüchtlinge, die zwischen 1948 und 1956 aus den arabischen Ländern entweder direkt vertrieben (Irak, Ägypten, Jemen) oder durch pogromartige antijüdische Ausschreitungen zum Verlassen ihrer Heimat gezwungen wurden (Marokko, Libanon, Syrien, Libyen). De facto hat hier also ein Bevölkerungsaustausch stattgefunden.

Von den durch die UNRWA betreuten 1,2 Millionen Flüchtlingen haben 73 Prozent (882 000)

sache stempeln zu wollen, um alle andern Gründe für eine Solidarität mit Israel zu entkräften.

Wie verwerflich ist es endlich, Israel unter anderm deshalb zu unterstützen, weil «man in ihm einen Streifen des bedrohten Westens» sieht? Da muss man natürlich zunächst wissen, was man unter «Westen» verstehen will. Wir sehen in Israel zunächst eine Demokratie, die von Diktaturen umgeben und bedroht ist. (Uebrigens ist es auch ein Land, das seinen Strukturen nach sozialistischer und im marxistischen Sinne «progressiver» ist als seine Nachbarn, aber das stört nicht uns, sondern höchstens seine «sozialistischen» Feinde, die das unterschlagen.) Und dann sehen wir in Israel auch — warum sollten wir das leugnen, — einen Bestandteil jener politischen Welt, der wir uns zugehörig fühlen. (Dass etwa die Regimes Griechenlands und Spaniens anders empfinden, ist auch so eine Tatsache, die von den «klassenbewussten» Deutern unterschlagen wird.) Wenn man aber unter «Westen» etwas anderes versteht, nämlich das kapitalistische System, dann

sieht die Sache tatsächlich anders aus. Wenn man schon Béchir Ben Yahmeds Ueberlegung folgen will, dass die UdSSR zur Einflussnahme auf die arabischen Staaten die Existenz Israels in seiner kriegsfähigen Form braucht, was ergibt dann die analoge Ueberlegung in bezug auf einen kapitalistisch verstandenen Westen? Dass er Israel als Störungsfaktor empfinden muss, der die Araber auf der Linie der Konkurrenz firma eint. Ferner: Wo liegen die grösseren kapitalistischen Interessen? Bei den Orangen Israels oder beim Erdöl der arabischen Länder und beim Suez-Kanal?

Es ergibt sich also, dass der «Westen» nur insoweit zu Israel halten wird, als er demokatisch ist, aber insoweit zu den arabischen Ländern, als er kapitalistisch ist. Dass in der Tat beide Komponenten spielen, haben wir inzwischen gesehen. Wir bitten Béchir Ben Yahmed, es uns nicht übel zu nehmen, dass wir uns zum demokratischen Segment zählen. Christian Brügger



Wer zahlt wieviel daran? UNRWA-Lager für Palästinaflüchtlinge in Libanon.

Anrecht auf Nahrungsmittelrationen und andere Hilfsleistungen (Volks- und Fachschulunterricht, Gesundheit- und Sozialfürsorge) und 18 Prozent (229 500) auf einige oder alle Hilfsleistungen ohne Rationen. 9 Prozent (98 500) erhalten keine direkte Unterstützung, da sie entweder nicht mehr in den Lagern leben oder ihren Lebensunterhalt selbst verdienen können.

Die Verteilung der Flüchtlinge auf die Gastländer zeigt folgendes Bild (in Klammern der Anteil der Flüchtlinge an der Gesamtbevölkerung dieser Länder): Jordanien 54 Prozent (36 Prozent), Gaza-Streifen 23 Prozent (70) — der Gaza-Streifen gehört de jure nicht zu Ägypten, sondern stellt einen separaten Teil des ehemaligen Mandatsgebiets Palästina dar —, Libanon 13 Prozent (8) und Syrien 10 Prozent (2).

Aus den ehemaligen Elendslagern sind im Laufe der Jahre mit Hilfe der UNRWA und unter Heranziehung der Flüchtlinge als Arbeitskräfte Lagersiedlungen mit festen Häusern, Schulen und Werkstätten entstanden, wobei jedoch natürlich nur ein kleiner Teil der Flüchtlinge dort beschäftigt werden kann, während die Mehrzahl der Erwachsenen arbeitslos ist.

Die finanziellen Mittel der UNRWA — zwischen 1948 und 1964 500 Millionen Dollar — wurden bisher zu 67,5 Prozent von den USA, zu 17,1 Prozent von Grossbritannien, zu 3,3 Prozent von Kanada, zu 2,7 Prozent von Frankreich, zu 1,8 Prozent von Syrien, Libanon und Jordanien zusammen und zu 4 Prozent von anderen Ländern getragen. 3,4 Prozent der Mittel waren private Spenden. Weder die kommunistischen Länder noch die arabischen Oelstaaten haben irgendwelche Beiträge geleistet.

Die UNRWA hat sich immer wieder bemüht, Flüchtlinge aus den Lagern in den Gastländern oder in anderen arabischen Staaten anzusiedeln. Diese Versuche wurden jedoch stets von den arabischen Regierungen durchkreuzt, weil sie nach eigenem Eingeständnis das Faktum der Flüchtlingslager als Waffe gegen Israel ge- oder besser missbrauchen. Der einzige nennenswerte Erfolg der UNRWA in dieser Richtung war die Wiederansiedlung von 40 000 arabischen Flüchtlingen.

(Fortsetzung auf Seite 10)